DENK! MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 2 | Monatszeitschrift | Dezember 2008

W. Dietl, 93402 Cham

„……Kontrolle ist besser“

Es ist ein neues Phänomen, das es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik nicht gab – die permanente öffentliche Präsenz der deutschen Sicherheitsbehörden unter überwiegend negativen Vorzeichen. Das heißt, die Nachrichtendienste und die überregionalen Polizeibehörden ziehen viel Kritik auf sich, weil sie häufig scheinbar unkontrolliert aus dem Ruder laufen. Dabei sind sie heute viel transparenter als vor 20 oder 30 Jahren. Trotzdem, bei ernsten Fällen reicht das nicht. Eine seriöse Aufsicht ist notwendig, um den Rechtsstaat zu schützen.

Wie war es früher, wie ist es heute? 1956 gründete **Konrad Adenauer** das sogenannte „Parlamentarische Vertrauensmännergremium“, kurz PMVG. Für seine Tätigkeit wurde kein Gesetz verabschiedet. Bis 1964 war das PMVG ausschließlich für den gleichaltrigen Bundesnachrichtendienst (BND) zuständig. 1978 entstand die Parlamentarische Kontroll-kommission (PKK). Sie wurde geschaffen, um die Bürger vor dem Übereifer der Geheimdienste zu bewahren. Gleichzeitig sollte sie aber auch deren Effizienz steigern. Die PKK funktionierte auf gesetzlicher Grundlage. 1999 bekam sie einen neuen Namen: Parlamentarisches Kontroll-gremium (PKG). Ein Kontrollgremiumsgesetz gab der Runde von zurzeit neun Bundestagsabgeordneten weitreichende Befugnisse.
Das PKG kontrolliert den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Seine Mitglieder erwarten von der Bundesregierung, über die Tätigkeit dieser Behörden umfassend informiert zu werden. PKG-Mitglieder dürfen auch weiterführende Berichte anfordern. Die PKG beruft außerdem die acht Mitglieder der sogenannten G 10-Kommission. Sie beobachten die Umsetzung von Artikel 10 des Grundgesetzes durch die deutschen Nachrichtendienste.

Fortsetzung weiter auf Seite 5

F.-J. Schoeller, Botschafter a. D., 53113 Bonn

Quo Vadis „EUROPA“

Anregungen von „EuroDefense“ zu Sicherheitsfragen Europas

„***EuroDefense***“ ist seit seiner Gründung 1995 bemüht, die Voraussetzungen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der ***EU*** durch einen Meinungsaustausch auf europäischer Ebene zu verbessern. Die erarbeiteten Analysen und Anregungen werden von Vertretern von 14 europäischen Staaten ausgearbeitet, in denen nationale Assoziationen von „EuroDefense“ bestehen. Diese Analysen werden von Persönlichkeiten konzipiert, die nach Ausbildung, Lebenslauf und Erfahrung entsprechend qualifiziert sind. Die gemeinsamen Ergebnisse werden den Regierungen der Mitgliedstaaten, der ***EU-Kommission*** und weiteren Interessenten zugeleitet.
Nationale Regierungen, wie auch der Hohe Beauftragte der EU ***Javier Solana***, schätzen die Arbeit dieser unabhängigen ***NGO*** und ermutigen „EuroDefense“, nicht nachzulassen in den Bemühungen, gemeinsame Herausforderungen der europäischen Öffentlichkeit bewusster zu machen und mögliche Lösungen für grundsätzliche Detailfragen von Sicherheit und Verteidigung aufzuzeigen. „EuroDefense“

Fortsetzung weiter auf Seite 8

Inhalt: **Seite**

„.... Kontrolle ist besser“, W. Dietl	1
Quo Vadis „EUROPA“, F.-J. Schoeller	1
Das Regie Theater, B. Rill	2
Landesbankkriese und (k)ein Ende, E. Philipp	3
Religionsunterricht, K.-H. Nagel	3
Warum verzichten immer mehr junge Menschen auf ein Studium?, Dr. S. Sigari	4
Was macht die „Gesundheitsreform“?, Dr. S. Harun-Mahdavi	9
Etwas zum Nachdenken, E. Philipp	11
Wie steht es mit den Menschenrechten 60 Jahre nach der UN-Erklärung?, Dipl.-Ing. M. Harun-Mahdavi	12
Über den Herausgeber	12
Impressum	12

Das Volk spendet seine Gunst - niemals sein Vertrauen! Anoine Conte de Rivarol

Bernd Rill, München

DAS REGIE-THEATER

Anmerkungen zu einem aktuellen Phänomen

In einem Theaterstück (mit oder ohne Musik) gibt es verschiedene Rollen, darunter eine oder mehrere Hauptrollen. „Regie-Theater“ bedeutet nun, daß der Regisseur die Hauptrollen alle selber spielt. Er ist Othello, Desdemona und Jago zugleich. Dabei tritt er gar nicht selber auf, allenfalls nach dem Schluß des Stückes vor den Vorhang. Aber er hat die Figuren alle in einem Ausmaß von sich abhängig gemacht, daß alles, was den Zuschauern an denen befremdlich vorkommen mag, nicht von ihnen oder vom Autor des Stückes kommt, sondern ausschließlich vom Regisseur. „Regie-Theater“, das ist die Szene im Würgegriff des Regisseurs. Das kann so weit gehen, daß er, zugespitzt gesagt, sogar den Autor an den Rand drängt.

Man sollte meinen, der kann den Text allenfalls kürzen, aber nicht vorschreiben. Das aber ist eben „Regie-Theater“, wenn er auch das macht. Er montiert beispielsweise Textbestandteile durcheinander. Weiß er es besser als der Autor oder experimentiert er mit dessen Vorgaben, um eine Aussage zu machen, ohne Rücksicht darauf, ob die auch dem Autor entspricht ? So etwas kann der Einstieg in eine völlige Umkrempelung des Stückes sein.

Der Regisseur kann auch Teile des Textes beliebig wiederholen lassen, wie auf einer alten Schallplatte, die einen Riß hat, und das bis zur Erreichung der Schmerzgrenze bei den Zuschauern. So als ob die Schauspieler auf einmal nicht mehr weiter wüßten. Steigerungsmöglichkeit :
zu den Text-Wiederholungen im Staccato beginnen die Darsteller auf einmal hektisch durcheinander zu laufen, als ob sie unter Strom gesetzt worden wären. Dann bleiben sie plötzlich stehen, wie angewurzelt. Der Stecker ist anscheinend abgezogen worden. Wenn das nicht manieriert ist !
Noch besser : irgendwo im laufenden Text wird ein Song eingebaut, am besten etwas Bekanntes aus der Pop-Szene. Der wird dann von sagen wir Othello gnadenlos abgesungen, wohlgemerkt : gerade dann, wenn wir bei Shakespeare und nicht im Musiktheater zu Gast sind. Ja kein Pathos, soll das wohl signalisieren. Aufkommendes Pathos muß sofort gebrochen werden, denn Pathos ist verstaubt. Anspruchsvolle Textpassagen, also solche mit Pathos-Verdacht, müssen daher schlampig heruntergenuschelt werden, als ob die Schauspieler niemals eine Sprech-Ausbildung durchgemacht hätten.

Aber Regisseure mit solchen Experimenten tun nur überlegen, weil sie keine Ahnung haben, daß jedes Zeitalter nur seine eigene Art von Pathos besitzt, Pathos also unverzichtbar ist. Sie selber haben durchaus auch eines, besonders wenn irgendeine Bühnen-Konstellation im Lichte aktueller politisch-gesellschaftlicher Postulate gedeutet werden soll. Über frühere Zeiten mag man sich überlegen wähnen, aber der eigenen Aktualität ist man bis zur intellektuellen Hilflosigkeit ausgeliefert.

Es macht sich auch ein infantiler Hang zur Überdeutlichkeit breit. Wenn zwei auf der Bühne untereinander uneins sind, fuchteln sie auf einmal mit einer Pistole herum, die so überflüssig wie der sprichwörtliche Kropf ist. Wenn mal eine der Figuren Anlaß zu Minderwertigkeitskomplexen hat, dann muß das unübersehbar werden : der Betreffende steckt sich eine Pistole in die Mundhöhle und tut so, als ob er gleich abdrücken würde. Der schüchterne Torquato Tasso schwärmt bekanntlich die aus Standes- und Gesundheitsgründen noch schüchternere Prinzessin Leonora an – da müssen die beiden sich gleich mal untereinander verknäueln und japsend auf dem Boden herumrollen. Solche Beispiele gibt es in rauhen Mengen.

Bin ich nun zu prüde oder simpel-altfränkisch, wenn mir so etwas als herzlich neben der Spur aufstößt? Nein, ich habe eher den Eindruck, der Regisseur hält mich für begriffsstutzig, und deshalb trägt er so dick auf, um mein Unverständnis an der Wurzel zu kurieren. Für wie doof darf der das Publikum halten, dementsprechend: für wie überlegen sich selber ? So etwas nennt man selbsternannte Oberlehrer, besser noch: elitäre Arroganz !

Oder auch : er will uns provozieren, einen Anstoß geben, damit wir über das Stück zu reflektieren anfangen und aus unserem Genuß-Spießbürgertum aufgerüttelt werden! Welches Recht hat so ein Windhund von Regisseur, davon auszugehen, daß ich mir bei einem Stück nichts oder zu wenig denke? Weiterer Einwand: Aber er hat doch ein Recht zu seiner eigenen Interpretation, und da Theaterstücke (mit und ohne Musik) keine Rechenexempel sind, darf er auch seine eigenwillige Interpretation haben.

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Pressefreiheit bedeutet auch die Unabhängigkeit der Medien von Lobbies jeglicher Art!

Elisabeth Philipp, 85716 Unterschleißheim

Landesbankkrise und (k)ein Ende

Die von *Ministerpräsident Seehofer* für den 3. Dezember 2008 angekündigte Regierungserklärung wird - trotz der sprunghaft steigenden Milliardendefizite der Bayerischen Landesbank - erneut verschoben. Eine bereits im November vorgesehene Information der Abgeordneten wurde unter anderem wegen der damals anstehenden Koalitionsverhandlungen abgesetzt.
Das Landesbankdebakel schlägt mittlerweile aber auf den Haushalt des Freistaates durch, obwohl dies vor kurzem noch in Abrede gestellt worden ist.
Der Termin - 3. Dezember - ist stattdessen für eine Erklärung des neuen Finanzministers und Vorstandsvorsitzenden der Bank, Herr *Fahrenschon*, zur Krise dieser jetzt seiner Bank vorgesehen.
Nichts desto trotz wird Ministerpräsident Seehofer nicht umhin können, die Ursachen und Hintergründe des Bankendebakels zu erklären. Wichtig wäre auch die Feststellung, wer die Verantwortung für dieses Bankendesaster übernehmen muß und inwieweit man Regressansprüche stellen kann, um die bayerischen Steuerzahler nicht noch mehr als notwendig zu belasten. Es bleibt abzuwarten, was die eingesetzte Kommission zur Bayern LB vorschlagen wird.
Auch die neue Koalitionspartei ist jetzt gefordert, den Mantel des Schweigens zu lüften und die Verantwortung der Politiker in den Aufsichtsgremien aufzuzeigen, damit Ministerpräsident Seehofer eine klare Stellungnahme dazu abgeben kann, wie es in diesem Zusammenhang mit Bayern weitergehen soll.

Karl-Heinz Nagel, Gstadt

Religionsunterricht
Unterricht für Respekt u Verständnis!

In unserem Grundgesetz ist die Religionsfreiheit verankert. Wie gehen wir jedoch in den Schulen damit um?

Bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gab es in Bayern noch öffentliche Konfessionsschulen, die – Gott sei es gedankt – der Vergangenheit angehören.

Seither sprechen wir von den sog. Christlichen Gemeinschaftsschulen und übersehen geflissentlich, dass sich in unserer Schullandschaft einschneidende Veränderungen in der Religionszugehörigkeit (oder auch ganz ohne) unserer Schüler ergeben haben.
Wird der Ruf nach islamischem Religionsunterricht laut und zu Recht immer lauter, so können wir uns nicht dahinter verstecken, dass wir im sog. Christlichen Abendland leben, denn wo verspüren wir im Alltag noch etwas davon. Wo sind denn unsere christlichen Werte noch zu entdecken im Alltagsrummel, in der Profitgier, der Ellenbogengesellschaft, im täglichen Miteinander?
Man spricht ja von der multikulturellen Gesellschaft, der Globalisierung, aber warum wirken sich diese gesellschaftlichen Veränderungen nicht auch auf den Religionsunterricht in unseren Schulen aus?
Wenn also die beiden in den Schulen etablierten sog. christlichen Religionen, denen nach wie vor die meisten Schüler in der BRD angehören, auf Staatskosten das Recht haben, ihre Lehren der Schuljugend zu vermitteln, so müsste dieses Recht auch allen anderen Religionen zustehen.

Fazit:
Unsere Schulen sind dahingehend aber mehr als überfordert, Räume und Lehrkräfte mit der entsprechenden Lehrbefähigung für jede Religionsgemeinschaft immer zur gleichen Stunde in der Schule bereitzustellen.
Darum kann der Anspruch in unseren öffentlichen Schulen nicht erfüllt werden.
Daher plädiere ich dafür, daß an unseren Schulen für alle Schüler einer Klasse zusätzlich ein Unterrichtsfach (z.B. in Form des Ethikunterrichts) verbindlicher Bestandteil der Lehrpläne wird, der die Aufgabe haben muss, allen Schülern die Inhalte und Lehren der anderen großen und kleinen Glaubensrichtungen zu erläutern und vertraut zu machen, damit wir in unserer multikulturellen Gesellschaft uns verstehen und respektieren lernen.

Die zukünftigen jungen Generationen müssen endlich von Altlasten früherer Generationen befreit werden!

Dr. S. Sigari, 81667 München

Warum verzichten immer mehr junge Menschen auf ein Studium?

(Leserbrief und Rückantwort auf ein Artikel der dpa gefunden in www.pro-physik.de am 10.11.2008
Siehe Link: http://www.pro-physik.de/Phy/leadArticle.do?laid=11224)

Der Artikel

Immer mehr junge Menschen verzichten auf ein Studium

Berlin (dpa) - Immer mehr Abiturienten in Deutschland verzichten auf ein Studium. Darauf hat der Präsident des Deutschen Studentenwerkes (DSW), der Bildungsforscher ***Rolf Dobischat***, unter Berufung auf mehrere Untersuchungen aufmerksam gemacht. 2002 gaben 27 Prozent der Abiturienten und jungen Menschen mit Fachhochschulreife an, nicht studieren zu wollen. Vom Abiturientenjahrgang 2006 war dies bereits nahezu jeder Dritte (32 Prozent), sagte Dobischat am Sonntag in Berlin. Auch 2007 habe sich dieser Trend fortgesetzt.

Als Gründe verwies Dobischat auf die in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweiteten Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten, Abschreckungseffekte durch Studiengebühren, ein unzureichend ausgestattetes Bafög, fehlende Stipendien sowie eine mangelhafte Studienberatung. Dobischat forderte Bund und Länder laut Manuskript auf der Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung eindringlich zu einer Kurskorrektur auf. Anders ließen sich «Begabungsreserven» in der Gesellschaft nicht mobilisieren. Der Mangel an akademisch ausgebildeten Fachkräften werde angesichts des Geburtenrückganges ansonsten weiter dramatisch zunehmen.

Während 70 Prozent der Abiturienten aus Akademikerfamilien bereits ein halbes Jahr vor ihrer Reifeprüfung bei Umfragen nahezu selbstverständlich eine «feste Studienabsicht» bekundeten, gelte dies nur für 55 Prozent der Schüler aus Nichtakademikerfamilien. Die sozialen Unterschiede zeigten sich selbst unter Spitzenabiturienten mit einem Notenschnitt zwischen eins und zwei. Kommen die Abiturienten aus Akademikerfamilien, dann gilt für 81 Prozent das Studium als absolut sicher. Bei Schülern mit Spitzennoten aus Nichtakademikerfamilien haben hingegen nur 68 Prozent eine feste Studienabsicht.

Die wochenlang vom Bundesbildungsministerium unter Verschluss gehaltene Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) belege, dass wegen der in einigen Bundesländern erhobenen Studiengebühren «eine nennenswerte Zahl» von jungen Menschen auf ein Studium verzichtet, sagte Dobischat. Auch wenn unter den angegebenen Verzichtsgründen die Gebühren «nur» auf Platz fünf rangierten, sei dies nicht zu unterschätzen. «Vier Prozent der Studienberechtigten, die wegen Studiengebühren nicht studieren, sind vier Prozent zu viel.»

Dobischat verwies auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, wonach im Vergleich zu 2003 heute zwar 17 Prozent mehr junge Menschen mit Abitur oder Fachhochschulreife ihre Schule verlassen. Im gleichen Zeitraum ist aber die Zahl der Studienanfänger um fünf Prozent gesunken. Die Schere zwischen der Abiturientenzahl und der tatsächlichen Studienanfängerzahl klaffe immer weiter auseinander, sagte der Duisburger Bildungsforscher.

Zwar sei es begrüßenswert, dass Bund und Länder nach dem Bildungsgipfel nun den Hochschulpakt fortsetzen und in den nächsten Jahren 275 000 zusätzliche Studienplätze schaffen wollten, sagte Dobischat. Der 2006 vereinbarte erste Pakt sei jedoch deutlich unterfinanziert gewesen. Mittel für eine bessere Betreuung und Lehre, aber auch für die soziale Infrastruktur, wie etwa zusätzliche Wohnheimplätze oder den Ausbau der Mensen und der Studienberatung fehlten. Dobischat: «Ich fürchte, beim Hochschulpakt II wird es ähnlich desaströs aussehen.»

Der Leserbrief

Sehr geehrter Herr ***Professor Dobischat***,

mit großem Interesse habe ich Ihren Kommentar über die schwindende Anzahl von studierwilligen Abiturienten gelesen.
Persönlich möchte ich anmerken, dass ich als ausgebildeter Facharzt für Kieferorthopädie, der viele finanziell harte Jahre, sowie sonstige Entbehrungen während der Studenten- und Facharztausbildungszeit über sich hat ergehen lassen müssen, heute finanziell nach den Kürzungen bei der Gesundheitsreform (bei den gesetzlichen Krankenversicherungen bis ca. 40%) und den anstehenden Kürzungen im nächsten Jahr bei den privaten Honoraren (bis ca. 40%), bald vor einem nicht mehr zu bewältigendem Schuldenberg stehe

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Warum verzichten immer .....
Fortsetzung von Seite 4

und viel Verständnis für die Abiturienten aufbringe, die sich gegen ein Studium entscheiden.

Ich persönlich rate niemandem mehr zu studieren, sondern eher ein Handwerk zu erlernen, bei dem man schon ab dem ersten Ausbildungstag einen Gehalt hat und später ein an die Inflation angepasstes Honorar.

Um die Situation zu ändern, müssen die Politiker den Studierenden eine gesicherte Zukunft in Aussicht stellen. Es ist nicht viel verlangt, wenn man für erbrachte Leistungen eine entsprechende Honorierung erhält. Gerade unsere Politiker sind diejenigen, die ohne eine adäquate Leistung zu erbringen, sich selbst immer wieder höhere Diäten genehmigen und dazu heute schon - im Gegenteil zu uns - eine gesicherte Rente in Aussicht haben.

Bitte machen Sie die Politik darauf aufmerksam, dass mit der Kürzungs- und Sparpolitik unserer Regierung in vielen Segmenten die Katastrophe vorprogrammiert ist. Wir brauchen zukunftweisende Entscheidungen, um aus der Krise zu kommen.

Nicht nur, dass bald kaum noch jemand studieren will, diejenigen, die studiert haben, spielen tagtäglich mit dem Gedanken, auszuwandern....

In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft....

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sigari

Die Rückantwort

Sehr geehrter Herr Dr. Sigari,

haben Sie vielen Dank für Ihre freundliche Mail an Herrn Professor Dobischat; er ist leider erkrankt und kann sie nicht persönlich beantworten, sondern hat mich darum gebeten.

Herr Professor Dobischat drückt seine Hochachtung aus vor Ihrer Lebensleistung und versichert Ihnen, gut nachvollziehen zu können, dass Sie heute niemandem mehr zu einem Hochschulstudium raten. Er würde es dennoch tun, wenn jemand die entsprechenden Begabungen sowie Neigungen deutlich erkennen lässt. Wie schwierig es allerdings selbst für hochspezialisierte Fachkräfte wie Sie geworden ist, sich eine gesicherte Existenz aufzubauen, betrübe ihn sehr.

Die "gesicherte Zukunft", die Sie zu Recht für Studierenden einfordern, könnten allerdings aus Sicht von Professor Dobischat die Politiker allein nicht garantieren. Dazu bedürfe es auch eines entsprechenden Engagements und verbindlichen Ethos der Wirtschaft. Die aktuelle Finanz- und Bankenkrise zeige, wie schlecht es allerdings um das soziale Verantwortungsgefühl der Wirtschaftselite bestellt ist.
Ich darf Ihnen im Namen von Herrn Professor Dobischat versichern, dass er die Politik - wie jüngst auf seinem vielbeachteten Vortrag in Berlin - ständig und eindringlich mahnt, welche fatalen Folgen die derzeitige Sparpolitik im Bildungs- und Gesundheitsbereich seiner Meinung zeitigen wird; hier ist er ganz mit Ihnen d'accord.

Er wünscht Ihnen weiterhin viel Tatkraft und unverzagten Mut und lässt Sie sehr freundlich durch mich grüßen.

im Auftrag

Stefan Grob

Kontrolle ist besser .....
Fortsetzung von Seite 1

Hier geht es um das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis – und natürlich dessen Einschränkung. Darüber hinaus nimmt das PKG an den Beratungen zu den Haushaltsplänen der Dienste teil. Die höheren Polizeibehörden werden von Innenausschüssen der Parlamente und von den jeweiligen Innenministerien kontrolliert. Das klingt insgesamt sehr gut, stößt in der Praxis jedoch auf viele Probleme.

Bleiben wir stellvertretend für alle bei dem besonders oft gescholtenen Bundesnachrichtendienst. Zur Erinnerung einige Skandale und schwer erklärbare Vorfälle der vergangenen Jahre:

- 1995 organisierte der BND den Schmuggel von Plutonium von Moskau nach München. Damit wollte der Dienst beweisen, wie einfach es damals war, aus der ehemaligen Sowjetunion waffenfähiges Nuklearmaterial zu beschaffen. Die Geheimen schreckten nicht davor zurück, eine zivile Lufthansa-Maschine für den Transport zu benutzen. Der SPIEGEL brachte den Skandal

Fortsetzung weiter auf Seite 6

Die Bürger Deutschlands wünschen sich wieder eine fürsorgliche Landesmutter oder -vater und keine Stiefmutter oder -vater!

Kontrolle ist besser .....
Fortsetzung von Seite 5

an die Öffentlichkeit, und der BND suchte darauf in erster Linie nach seiner undichten Stelle.

- Nachdem der Friedensforscher **Erich Schmidt-Eenboom** 1993 ein detailreiches Buch über den BND veröffentlicht hatte, wurde er vom Observationskommando QC30 des Dienstes überwacht. Der BND wollte auch diesmal herausfinden, welche Mitarbeiter Internas ausgeplaudert hatten. Es blieb nicht bei Schmidt-Eenboom. Das Ausspähen von Journalisten begann bereits vor der Plutonium-Affäre und wurde danach intensiv weiter entwickelt. Der damalige Sicherheitschef **Volker Foertsch** – er selbst stand im Verdacht, nebenbei auch noch für das KGB zu arbeiten - war von seinem Ermittlungskonzept gegen die Medien überzeugt. Er überschritt seine Befugnisse, weil er den Dienst im Inland einsetzte, und sich nicht nur auf untreue Bedienstete, sondern auch auf Außenstehende konzentrierte.
- Darüber hinaus gab es am laufenden Band wahre und vermeintliche Affären. Der BND drang in den eMail-Verkehr einer deutschen Journalistin und eines afghanischen Ministers ein. - BND-Mitarbeiter blieben während des amerikanischen Angriffskrieges von 2003 auf Posten in Bagdad. Sie übermittelten militärische Daten, die den Koalitionstruppen von Nutzen waren. Das stand im absoluten Gegensatz zur politischen Haltung der Berliner Regierung. – Der BND soll seit Jahrzehnten bei der Ausbildung libyscher Sondereinheiten einbezogen gewesen sein. – Im Kosovo wurden vor wenigen Tagen drei BND-Mitarbeiter verdächtigt, an einem Sprengstoffanschlag gegen die EU-Mission beteiligt gewesen sein. Dieser Fall deutet auf eine massive politische Intrige der kosovarischen Regierung hin.

All diese Beispiele sind mittlerweile Gegenstand von Untersuchungen, von Ausschüssen und Kommissionen geworden. Noch nie wurde so öffentlich – und so schädlich – über die Tätigkeit der Agenten gesprochen. Der BND täuscht und trickst, wenn es um Einzelheiten geht. Gerade im Zusammenhang mit der Journalistenaffäre gelang es ihm perfekt, vom eigentlichen Thema abzulenken und unliebsame freie Mitarbeiter (sogenannte „Nachrichtendienstliche Verbindungen“) durch Enttarnung zu entsorgen. Ein eklatanter Verstoß gegen alle Grundsätze des Gewerbes. Der sogenannte Sachverständige **Gerhard Schäfer**, ein ehemaliger Bundesrichter, ließ sich dabei vom BND instrumentalisieren. Er veröffentlichte einen „Schäfer-Bericht“, der aus Akten gespeist war, die der BND zur Verfügung gestellt hatte. Der Aufseher als Hüter des Ansehens der Übeltäter.

Das Bundeskriminalamt begibt sich immer stärker in verwandtes – und stark vermintes – Terrain. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe von *Denk! Mal!* dauerte das politische Ringen um das neuen BKA-Gesetz noch an. Sollte es genehmigt werden, dann würde die oberste deutsche Polizeibehörde ähnliche Befugnisse wie ein Nachrichtendienst erhalten. Das BKA würde sich noch stärker als bisher auf den internationalen Terrorismus konzentrieren können und erstmals auch vorbeugend ermitteln dürfen. Besonders umstritten sind die im Ernstfall ohne richterliche Erlaubnis möglichen Online-Durchsuchungen von Computern sowie eingeschränktes Zeugnis-Verweigerungsrecht für Anwälte, Journalisten und Mediziner.

Letztlich geht es um die Frage, ob der Kampf gegen den Terrorismus derart weitreichende Einschränkungen der Bürgerrechte erlaubt. Verfassungsrechtler und Sicherheitsexperten haben ernsthafte Zweifel angemeldet. Das ist übrigens nicht neu. Lebhafte Diskussionen lösten in den vergangenen Jahren auch die Beschlüsse zu Rasterfahndung, polizeiliche Observation, verdeckte Ermittler, akustische Wohnraumüberwachung, molekulargenetische Untersuchungen und Handyüberwachung aus.

Der ehemalige BND-Präsident und Justiz-Staatssekretär **Hansjörg Geiger** schlägt in diesem Zusammenhang die Einführung eines Bürgeranwalts vor, der heimliche Eingriffe des Staates gegen die individuellen Freiheitsrechte prüft. Das lehnen Politiker und Dienste ab, da es die angebliche Kontrolle durch die bestehenden Gremien schwächen könnte. Außerdem, so sagen sie, sei es ungemein schwierig, einen vertrauenswürdigen und überparteilichen Ombudsman zu finden.

Genau gesehen, bietet das bisherige System keine Lösung, weil sich die Experten der im Bundestag vertretenen Parteien zu leicht von den Sicherheitsbehörden beeinflussen und manipulieren

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Kontrolle ist besser .....
Fortsetzung von Seite 6

lassen. Parlamentarische Kontrolle erfolgt jedoch immer erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Dienste öffnen sich ihren Aufsehern nur, wenn sie Schaden begrenzen und Skandale abfedern wollen. Sie denken gar nicht daran, aktive Politiker oder auch „elder statesmen“ im Vorfeld gewichtiger nachrichtendienstlicher oder polizeilicher Operationen einzubeziehen. Das muss sich ändern, da unsere Sicherheit nicht nur in den Händen jener liegen darf, deren berufliches Interesse es ist, die eigenen Kompetenzen immer stärker auszuweiten.

Denn: ***Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.***

Das Regie Theater .....
Fortsetzung von Seite 2

Hoffentlich hat er die auch wirklich jeweils ! Denn viele Inszenierungen machen den Eindruck, da habe der Regisseur sich auf Kosten des Autors ganz einfach ausgeblödelt, seinen Assoziationen freien Lauf gelassen. Es gibt nichts Beliebigeres als Assoziationen. Die hat buchstäblich jeder, und manchmal hängen sie einfach von der Verdauung ab. Kunstfreiheit entbindet aber nicht von Niveau. Was an Absonderlichkeiten vor Gericht alleweil unter dem Etikett „Kunstfreiheit“ durchgehen mag, das muß sich vor dem Publikum dennoch verantworten.

Ach ja, das liebe Publikum ! Es ist bei uns weit davon entfernt, eine kritische Instanz zu sein, die imstande wäre, den Eskapaden des Regie-Theaters Einhalt zu gebieten. Damit bleibt mindestens ein kulturelles Verbrechen ungesühnt : die jungen Leute, die es ja auch gibt, nämlich die sich mal einen Kleist oder einen Ibsen, von denen sie schon manches vernommen haben, auf der Bühne anschauen wollen, und die deshalb Förderung verdienen, die werden vor eine gerade laufende Micky-Maus-Inszenierung gesetzt – mit der Folge, daß sie verwirrt sind und das Theater nicht mehr aufsuchen !

Sehr beliebt ist auch, die Figuren, während sie einen Text mit einer bestimmten Bedeutung sprechen, etwas tun zu lassen, was mit dieser Bedeutung rein überhaupt nichts zu tun hat. Das ist ebenfalls infantil, oder es spielt mit Schizophrenie, wird aber gerne mit dem komplizierten Zauberwort „De-Konstruktivismus“ verbrämt. Warum wird ein Stück überhaupt gespielt, wenn sein Sinngehalt auf der Bühne in beliebige Einzelteile zerlegt wird und solcherart verloren geht ? Die Regisseure sollten mehr Respekt vor den Autoren haben, die ihnen ihr Auskommen verschaffen, denn selber Stücke schreiben oder gar komponieren, das tun sie ja nicht. Das wäre ja nicht mehr de-konstruktivistisch. Dazu ein nun wirklich zeitloses Goethe-Zitat : „Das Alter macht nicht kindisch, wie man spricht – es findet uns nur noch als wahre Kinder.“

Aber wir befinden uns doch in der Postmoderne, also „anything goes“, und die abgetakelten „großen Erzählungen“ muß man auch in der Theaterliteratur schlagen, wo man sie trifft ? Dieser Einwand führt uns zum Hauptproblem des Regie-Theaters, das schwerwiegend und banal gleichzeitig ist. Die überwiegende Zahl der zur Verfügung stehenden Theaterstücke ist schon so oft gespielt worden, teilweise seit dem 17. Jahrhundert, daß man dem aus Wiederholung entstehenden Überdruß vorbeugen muß. Die Stücke taugen aber etwas, also kann man auf sie nicht einfach verzichten. Daher anscheinend die Notwendigkeit all der verfremdenden Kapriolen der Regie. Der Braten muß in einer beständig variierten Soße serviert werden, sonst rührt ihn niemand mehr an. Wagners „Ring“ kann man nicht mehr wie bei der Uraufführung im Jahre 1876 inszenieren, und Wagner selbst war sich der Historizität seiner Regie-Anweisungen sehr wohl bewußt. Das Handicap ist klar, und die modernen Regisseure sind dessen Winkelriede und Märtyrer, auch wenn sie einen solchen Ausdruck als zu pathetisch ablehnen würden.

Die Aufführungspraxis zeigt aber, daß der Versuch einer Rundum-Erneuerung der sattsam bekannten Stücke nur zu deren beliebig aufputzbarer Verhackstückung führt. Dieses Regie-Theater versteckt seine Sterilität hinter irgendwelchem postmodernem Schnickschnack und ist zu feige, Bedeutung zu produzieren. Dann müssen eben neue Stücke her ? Aber das kann man selbst in unserer planungsseligen Zeit leider nicht kommandieren.

Da mag sich das Gefühl einschleichen, daß auf dem Theater Dekadenz greifbar wird. Da sind welche stolz darauf, Hamlet, Othello, König Ödipus und so weiter zu einem mißlungenen Kindergeburtstag heruntergenudelt zu haben. Aber : Deswegen geht die Welt natürlich nicht unter. Bevor die Weimarer Klassiker und die Romantiker

Fortsetzung weiter auf Seite 8

Soziale Sicherheit ist das günstigste Mittel zur Vorbeugung von Kriminalität!

Das Regie Theater .....
Fortsetzung von Seite 7

kamen, haben die Theaterbesucher während der Vorstellungen in ihren Logen konversiert, intrigiert, gedöst oder gar getafelt und geliebt, sind deutlich zu spät gekommen oder überhaupt nur zur Ballett-Einlage im zweiten Akt, um ihre morganatischen Verhältnisse auch einmal auf der Bühne zu bewundern. Die Stücke paßten sich dieser Art von Publikum an. War das etwa ein erquicklicher Theaterbetrieb gewesen, damals in der guten alten Zeit ?

Aber die Mätzchen des aktuellen Regie-Theaters dürsten dennoch danach, angeprangert zu werden, damit das Theater nicht dem Zirkus zum Verwechseln ähnlich wird – nichts gegen den Zirkus, aber der ist immerhin damit zufrieden, Zirkus zu sein. Ich hätte noch manches, auch Grundsätzliches, auf dem Herzen und in der Feder. Vielleicht bekommen wir Leserbriefe, wobei die indignierten ebenso willkommen sind wie die zustimmenden. Denn wir brauchen eine Diskussion darüber, ob universale Kunstfreiheit das Streben nach Niveau wirklich überflüssig macht.

Quo vadis Europa .....
Fortsetzung von Seite 1

bleibt aufgefordert, den politisch Verantwortlichen die Ergebnisse gesamteuropäischer Überlegungen mitzuteilen.

In diesem Bereich – **Sicherheit und Verteidigung** – haben sich in den vergangenen Monaten und Jahren Entwicklungen ergeben, die eine Prüfung der bisherigen Sicherheitsstrukturen der westlichen Welt nahe legen.
Zwar behauptet der ehemalige US Botschafter bei VN ***Richard Holbrooke***, die ***USA*** seien nach wie vor berufen: „die Welt zu inspirieren, zu bewegen und zu führen“ (***Foreigen Affairs*** Ausgabe Sept./Okt. 2008 „A Daunting Agenda“). Dem entspricht jedoch nicht mehr eine Wirklichkeit, in der die USA ihre europäischen Verbündeten nicht nur in Afghanistan um Hilfe bitten müssen. Obwohl sie die stärkste Militärmacht der Welt sind, haben sie früher schon in Vietnam und heute im Irak die Grenzen militärischer Einsatzmöglichkeiten erfahren.
Als der amerikanische Immobilienmarkt zusammenbrach, haben die USA sich angesichts der hierdurch provozierten weltweiten Finanzkrise wieder Hilfe suchend an ihre europäischen Verbündeten gewandt. Dabei wird auch die ohne dies bestehende staatliche Verschuldung der USA von über 455 Milliarden US $ ihre Bedeutung haben.
Schon aus diesen Fakten darf man folgern, dass die USA militärische, politische und wirtschaftliche Fragen globaler Bedeutung nicht mehr allein schultern und keinen Anspruch auf unabhängige Führung stellen können.
Diese Entwicklungen zwingen, über eine Stärkung der Atlantischen Allianzen vom April 1949 durch eine engere europäische Zusammenarbeit und eine gleichwertige Akzeptanz der EU durch die USA im atlantischen Bündnis nachzudenken.
Die ***Atlantische Allianz*** begründete im April 1949 mit dem NATO-Vertrag ein kollektives Verteidigungsbündnis. In Anpassung an das nach 1989 veränderte Umfeld wurde 1999 ein erweitertes strategisches Konzept zur Verstärkung der Sicherheit des euro-atlantischen Schutzraums verabschiedet, um sich aktiv für die Beilegung von Krisen engagieren zu können.
2002 beschloss der ***NATO-Gipfel*** die Gründung einer schnellen Eingreiftruppe – ***NATO Response Force*** – und eine Straffung der Kommandostruktur.

Heute ist die NATO weltweit engagiert durch Einsätze in Afghanistan, Kosovo und ihre Mitglieder sind auch an Missionen im Irak beteiligt.
2003 wurde eine strategische Partnerschaft mit der EU vereinbart, die den Europäern erlaubt, Mittel und Fähigkeiten der NATO zu nutzen.
Auch mit verschiedenen anderen Staaten hat die NATO Partnerschaften abgestimmt, unter anderem mit ***Russland***. Im ***NATO-Russland-Rat***, gegründet 2002, soll ein regelmäßiger Dialog stattfinden. Diese Vernetzungen, so nützlich sie sein mögen, genügen nicht mehr, um allen weltweiten und regionalen Bedrohungen der Sicherheit und der Wohlfahrt der westlichen Welt begegnen zu können.
Europas unmittelbarer Nachbar Russland hat seine Schwächeperiode überwunden, macht wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritte und ist nicht zuletzt auf Grund seiner Fähigkeit, die Industriestaaten mit Rohstoffen zu versorgen, wieder ein gewichtiger „Global Player“.
Dabei machte Russland schon mehrmals deutlich, dass es die seit dem Fall der Mauer verfolgte Ausweitung des Raumes der NATO bis an die russische Grenze nicht akzeptieren wollte und als Bedrohung empfand. Präsident ***Putin*** erklärte dies im April 2008 bei Gelegenheit der ***Bukarester NATO-Konferenz***.
Versäumt wurde seit 1990, die Beziehungen zwischen Russland und NATO zu einer dynamischen

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Es mag 50 Jahre dauern, bis politische Missgriffe offenkundig werden und ihre letzte Konsequenz tragen,
aber schliesslich legt die Geschichte Rechnung für jeden Fehler vor,
und sie ist dabei peinlicher als unsere preussische Oberrechnungskammer. Otto von Bismarck

Quo vadis Europa .....
Fortsetzung von Seite 8

Partnerschaft zu entwickeln, bis hin zur pragmatischen Integration in ein gemeinsames strategisches Sicherheitskonzept, wie sie vom Nachfolger ***Putins***, Präsident ***Medwedjew***, mit Zustimmung von Präsident ***Sarkozy*** bei einem Treffen in Evian am 7. Oktober 2008 angeregt wurde. Bei der selben Gelegenheit kritisierte ***Medwedjew*** auch die Ausweitung der NATO bis an die russische Grenze und die Aufstellung von ***Raketenabwehrsystemen*** in Polen in der Tschechischen Republik.

Heute weiß man: es war ein Fehler, die NATO nach dem Zusammenbruch der ***Sowjetunion*** weiter fortzuführen ohne grundsätzliche Anpassung der „***North Atlantic Treaty Organization***“ an eine veränderte Lage. Es wurde, angefangen mit dem symbolträchtigen Namen „NATO“ aus der zeit des Kalten Krieges nur Stückwerk geleistet, aber keine neue Konzeption mit der überfälligen, globalen Ausrichtung entwickelt.

Der russische Außenminister ***Lawrow*** nahm in Evian in diesem Sinne Anstoß an der westlichen Unbeweglichkeit. „Der Westen hat noch Phantomschmerzen, die von der Vergangenheit herrühren“, erklärte er. Zur überfälligen Weiterentwicklung der ***Atlantischen Allianz*** gehört auch die Anerkennung der EU als eines gleichwertigen Partners der USA durch eine paritätische Besetzung der führenden Positionen in der NATO. Der Ehrenpräsident der italienischen Assoziation von „EuroEfense“, Botschafter ***Dr. Andrea Cagiati***, schreibt hierzu in seinem wegweisenden Artikel „***Le Potenziali Capacità Dell`Occidente***“ (veröffentlicht in der letzten Ausgabe von „***Affari Esteri***“ S. 8): „Technische Stützpunkte auf dem Gebiet der Atlantischen Allianz sollten von Vertretern der Mitgliedstaaten geleitet werden, vorzugsweise von Europäern in den USA und Amerikanern in Europa, um derart die grundsätzliche Einheit des Paktes zu unterstreichen“.

Die Atlantische Allianz bleibt aufgefordert, sich angesichts der russischen Gesprächsbereitschaft durch eigene Initiativen einzubringen und auch Neulinge unter den wichtigeren „Global-Players“, Brasilien, China, Indien, für regionale und übergreifende Sicherheitsvereinbarungen unter dem Schirm der VN zu gewinnen.

Auch der amtierende russische Präsident ***Medwedjew*** will auf der kommenden ***OECD-Konferenz*** das Thema aufgreifen. Für „***EuroDefense***“ ergibt sich Gesprächsbedarf.

Dr. S. Harun-Mahdavi, 80538 München

Was macht die „Gesundheitsreform“?

Es ist schon sehr traurig als Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherungen und als Leistungserbringer in der Gesundheitsbranche mitzuerleben wie die Bundesregierungen, egal unter Leitung welcher Partei oder Regierungskoalition auch immer, seit Anfang der 80er Jahre mit ihren zahlreichen Ansätzen zu Reformen des Gesundheitswesens es NIE geschafft haben, eine langfristig funktionierende REFORM zu erreichen.

Allein die Ansätze machen einem Menschen mit gesundem Menschenverstand klar, daß die Reformen nur halbherzig gedacht waren. Dahinter steckt wahrscheinlich wie auch dieses Mal die Angst davor, die Wählerschaft übermäßig zu verärgern und vor allem, die verschiedenen Lobbyisten der Versicherer nicht allzu sehr gegen sich aufzubringen. Schließlich sind Vorstands- und Aufsichtratsposten bei den Versicherern für manche aktive, aber besonders für ausgediente Politiker mehr als lukrativ.
Es gibt keinen anderen Bereich der Wirtschaft, in dem sowohl an den Beitragszahlern, als auch an den Leistungserbringern, völlig vorbei reformiert wurde. Dabei wurden weder die wahren Interessen der Versicherten, noch die der Leistungserbringer berücksichtigt. Die Reformen wurden an der Spitze zuerst von Betriebswirtschaflern und zuletzt von Hausfrauen, die als Gesundheits- oder Sozialminister fungierten, propagiert und größtenteils gegen massiven Widerstand und zum Teil mit undemokratischen Mitteln durchgesetzt.
Sowohl die Vorgehensweise als auch die Ergebnisse, die das Scheitern derartiger Reformen seit über 20 Jahren beweisen, sind beschämend.

Inbezug auf die bisher fehlgeschlagenen Reformversuche ergeben sich einige Fragen, auf die die Verantwortlichen eine plausible Antwort bis heute schuldig geblieben sind:

Welcher Sinn sollte es haben, die Zahl der Versicherungen auf über 300 ansteigen zu lassen? Rein gesetzlich dürfen alle Versicherungen ohnehin nur die gleichen Leistungen anbieten! In Folge dieses Geniestreiches des Gesundheitsministeriums, wuchs die ohnehin große Kostenblase um weitere Milliarden für mehrere hundert zusätzliche Vorstandsposten, Vorstandssekretärinnen, Aufsichtsräte, Büroeinrichtungen, Vorstandsfahrzeuge, Versicherungsgebäude, Werbungskosten und alles andere was dazugehört, welche wir Beitragszahler und Leistungserbringer bezahlen müssen.

Fortsetzung weiter auf Seite 10

Demokratie ist tolerant gegen alle Möglichkeiten, muss aber gegen Intoleranz selber intolerant werden!
Karl Jaspers

Was macht die Gesundheitsreform .....
Fortsetzung von Seite 9

Wieso kommen die privaten Versicherer bei besserer Leistungserstattung mit weniger Beiträgen zurecht? Die sozialen Zusatzbelastungen, wie Familienversicherte, Geringverdiener und Arbeitslose, sind bekannt. Dennoch stellt sich, angesichts des großen Unterschiedes in der Zahl der Mitglieder und der Tatsache, daß die privaten Versicherer mit weniger Beitrag einen deutlich besseren Leistungsumfang bieten, ***grundsätzlich die Frage ob die privaten Versicherer ihre Kostenstrukturen besser im Griff haben? Weiter stellt sich noch die grundsätzliche Frage ob das Problem nicht systembedingt ist?***
Die PKV´s ermitteln die Beiträge nach risikoabhängigen betriebswirtschaftlichen Kriterien. Aus den Kassen der GKV´s werden auch gesundheitsfremde Kosten bezahlt. Damit ist das Loch in den Kassen der GKV´s nicht nur aufgrund der Ausgaben im Gesundheitssystem entstanden. Offensichtlich müßte zur Entlastung der für die Entwicklung unserer Gesellschaft unverzichtbaren Gesundheitsfürsorge, erst einmal eine Neudefinition der Kassen, bzw. eine gesonderte Aufschlüsselung der einzelnen Kostenpositionen erfolgen.
Ein erster Schritt zur Kostensenkung wäre z. B. die Reduktion der Zahl der gesetzlichen Krankenkassen auf eine Institution je Bundesland. Dies dürfte für die Versorgung der Bürger der sowohl demographisch, als auch wirtschaftlich unterschiedlich aufgestellten Bundesländer, völlig ausreichen. Ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Bundesländern wird aber unausweichlich bleiben, da die Bundesrepublik ein Land ist und für alle Bürger dieselben Rechte und Voraussetzungen für gesundheitliche Fürsorge gewährleistet sein müssen.

Wieso spielt die Dauer des Versicherungsverhältnisses keine Rolle bei der Bewilligung von Leistungen oder bei der Höhe der Leistungserstattung etc.?

Warum können bisher Besserverdiener aus dem Sozialsystem aussteigen und später bei drohender Beitragssteigerung im Alter durch allerlei gesetzliche Schlupflöcher in die gesetzliche Versicherung zurückkehren, ohne einen Ausgleich für die Jahrzehnte lang gesparten Beitragsanteile zu leisten?

Wie ist es mit der deutschen Verfassung vereinbar, daß unter der fadenscheinigen Begründung einer „Gesundheitsreform“, durch massive Kürzung der Leistungen, die Vertragsbedingungen der gesetzlichen Versicherungen substantiell geändert, wurden ohne de facto den Mitgliedern ein Kündigungsrecht einzuräumen?
Die Frage ist besonders interessant für jene Versicherungsmitglieder, die vor 30 Jahren zu ganz anderen Bedingungen in die gesetzliche Versicherung eingetreten und aufgrund ihres Beschäftigungsverhältnisses, bzw. der Höhe ihrer Einkommen, keine Möglichkeit haben, aus den gesetzlichen Krankenkassen auszutreten..

Wieso kann man nicht für alle Bürger der BRD eine beitragsreduzierte gesundheitliche Grundversicherung durchsetzen? Ist die Lobby der PKV´s so stark, daß man sich nicht zu diesem Schritt durchringen kann?
Wäre den Interessen der PKV-Lobby nicht ausreichend gedient, wenn diese dann die Aufgabe der privaten Zusatzversicherung übernehmen, welche die Leistung der Grundversicherung bis zur Grenze einer Vollversicherung ergänzt, und zwar für jeden, der es sich leisten möchte?

Weshalb muß sich die Regierung in der Gestaltung der Leistungserbringung bei privat Versicherten einmischen?
Das Versicherungssystem der privaten Kassen ist ein auf Profit ausgerichtetes System, das von den Gesetzen des Marktes geleitet wird. Es ist schon sehr erstaunlich, daß sich nun die Regierung einseitig in die Honorarfrage der Leistungserbringer einmischt. Am Beispiel des allerneuesten Entwurfes für die Gebührenordnung der Zahnärzte (letztmalig 1988, also vor 20 Jahren angepaßt) sieht man noch einmal eine Bestätigung in der undemokratischen Vorgehensweise der Ministerien. Das neueste Werk gegen Ärzte und Zahnärzte geht so weit, daß selbst hochrangige Beamte, wie Bayerns Umwelt- und Gesundheitsminister, ***Dr. Markus Söder,*** (laut Angaben des Handelsblatts) und Ministerialdirigent, ***Dr. Kohler,*** vom Baden-Würtembergischen Ministerium für Arbeit und Soziales (im Schreiben vom 03.12.2008), das Bundesministerium für Gesundheit zum Rückzug des Referentenentwurfes aufgefordert haben.

Es ist Zeit geworden, daß Reformen nicht nach Vorgaben durch Fachfremde erfolgen. Politiker, welche das Gesundheitssystem immer so anpreisen und die Reformen fordern, sind selbst in der Regel privat versichert und damit von den Änderungen der gesetzlichen Krankenversicherungen nicht betroffen. Es muß sicher gestellt werden, daß alle Beteiligten paritätisch vertreten sind. Die Wünsche der Versicherten müssen genauso gewichtet sein, wie die der Leistungserbringer, sowie die der Versicherer. Die Regierung darf sich nicht nach Eigennutz einbringen, sondern nur zum Wohle aller Bürger. Dabei darf man nicht übersehen, daß auch die Leistungserbringer BÜRGER dieses Landes sind und hier Millionen von Arbeitsplätzen schaffen und durch ihre Ausgaben die Binnenwirtschaft stützen.

Die Regierung darf sich nicht in den privaten Bereich des Gesundheitssystems über Gebühr einmischen, nur weil sie die Kosten der Beihilfe reduzieren, bzw. die Wählerstimmen der Beamten absichern will.

Die Regierung bekräftigt ihren Anspruch, neben der Sicherheit der Menschen, auch für die Gesunderhaltung der Bürger verantwortlich zu sein. Sie muß aber einsehen, daß Gesundheit

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht, sondern weil wir sie nicht wagen, sind sie schwierig! Seneca

Was macht die Gesundheitsreform .....
Fortsetzung von Seite 10

nicht von alleine kommt. Nicht die Regierung gewährleistet, daß unsere Bürger eine medizinische Versorgung auf weltweit höchstem Niveau erhalten, sondern hunderttausende Menschen mit besonderer Begabung, die durch hochqualifizierte Ausbildungen und Studien an kostspieligen Schulen und Universitäten sich dieser Aufgabe verschrieben haben. Um die neuesten medizinischen Kenntnisse anwenden zu können, bedarf es häufig eines hohen finanziellen Einsatzes.
Weder die langwierige und teure Ausbildung, noch die auf unglaubliche Präzision ausgerichtete und sehr kostspielige Investition in die neueste Gerätschaft, kann es, trotz der unzweifelhaft sozialen Leistungsorientierung, ohne Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte geben. Ärzte die an ihrer Leistung nichts verdienen, müssen recht schnell ihre Praxen schließen und können weder Kranken helfen noch Arbeitsplätze erhalten.

Die demographische Entwicklung Deutschlands prognostiziert eine starke Alterung der Bevölkerung. Damit wird natürlich auch das Durchschnittsalter der Ärzte und des Personals steigen. Durch die Alterung der Bevölkerung wird statistisch die Zahl der Kranken steigen und die Zahl der weiterhin tätigen Ärzte sinken. Unbeachtet der weittragenden Konsequenzen hat die aktuelle Bundesgesundheitsministerin, ***Ulla Schmidt,*** besonders gern die Medienmaschinerie für Negativpropaganda gegen Ärzte für sich instrumentalisiert. Mit dem Erfolg, daß heute weltweit die schlechteste Stimmung innerhalb der Ärzteschaft herrscht. Das spiegeln auch die dramatisch gesunkenen Zahlen der Medizinstudenten, sowie die gestiegene Zahl der auswanderungswilligen Jungärzte wider.

Schwarze Schafe gab es und gibt es immer und in jeder Berufsgruppe, oder sind Korruption und Unfähigkeit nur in der Politik zu finden?! Nein, und genau deswegen sollten auch Regierungspolitiker nicht eine ganze Berufsgruppe, wegen weniger schwarzer Schafe, über einen Kamm scheren. Diese moderne Art der Hexenjagd hat unter anderem zur Folge, daß in ca. 15 Jahren viel zu wenig Ärzte für deutlich mehr Kranke zur Verfügung stehen werden.
Als erste Reaktion auf diese Tatsache wurde zwar das Gesetz zur pflichtgemäßen Verrentung der Ärzte mit 68 aufgehoben aber, wird damit das Problem wirklich gelöst?
Diese Entscheidung hat für sich allein keinen Einfluß auf die schlechte Stimmung unter den Jungärzten.
Daher sollte man bei der Planung einer „Gesundheitsreform“ auch diesen Aspekt nicht außer Acht lassen.
Die Bundesregierung wäre gut beraten, dafür zu sorgen, daß

……. Ärzte, die sich persönlich Tag für Tag mit ihrem Können nach bestem Wissen und Gewissen für die Gesunderhaltung bzw. für die Genesung ihrer mehrheitlich

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Elisabeth Philipp, 85716 Unterschleißheim

Die kapitalistische Gesellschaft GESTERN - HEUTE und auch MORGEN?

Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben,
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten,
tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier und Wert frisiert,
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen
und die Hypothek auf's Haus
heißt - Bewohner müssen raus!

Trifft's hingegen große Banken,
kommt die ganze Welt in's Wanken -
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?
Da muß eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat!

Dazu braucht der Staat Kredite
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen,
hat der kleine Mann zu blechen
und - das ist das Feine ja –
nicht nur in Amerika!

Und - wenn die Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen -
ist halt Umverteilung pur,
stets in EINE Richtung nur!

Aber sollten sich die Massen,
das mal nicht mehr bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
DANN WIRD WIEDER KRIEG GEMACHT!!

von Kurt Tucholsky, im Jahre 1930

Die ganze Börse hängt nur davon ab, ob es mehr Aktien gibt als Idioten - oder umgekehrt!
Andre´ Kostolany

Was macht die Gesundheitsreform .....

Fortsetzung von Seite 11

zufriedenen Patienten einsetzen, und für deren Ausbildung unser Staat hohe Kosten getragen hat, nicht aus rein politischen Gründen öffentlich einer Hetzjagd ausgesetzt werden und wieder auch wirtschaftlich eine positive Zukunftsprognose bekommen:

……. besonders junge Ärztinnen, aber auch Ärzte, wieder den Mut bekommen sich in der BRD selbständig zu machen und trotzdem in der Lage zu sein eine Familie zu gründen. Und vor allem sich wieder bewußt zu werden, daß sie eine ehrenhafte Berufsgruppe vertreten und damit auch wieder die persönliche Motivation zurück bekommen: **bis spät in die Nacht, oft über das ganze Wochenende und auch in ihrer Freizeit, so wie das soziale Bild es seit tausenden von Jahren fordert, für ihre Patienten da sein können.**

……. alle Bürger dem Staat wieder vertrauen und sich vom Vater-Staat versorgt und abgesichert fühlen, damit die Zukunft lebenswerter wird und die Menschen sich auf ihr Leben freuen und sich mit ganzem Einsatz für Ihr Vaterland einsetzen.

Sie sollen nicht auswandern müssen, um wieder ein Perspektive zu haben, sondern sollten wieder am Aufbau unseres Landes teilhaben können. Der Staat aber ist aufgefordert, den Menschen den Weg aufzuzeigen. Darauf haben alle Bürger = Wähler und Wählerinnen einen verfassungsmäßigen Anspruch.

Dipl.-Ing. M. Harun-Mahdavi, 85716 Unterschleißheim

Wie steht es mit den Menschenrechten 60 Jahre nach der UN-Erklärung?

60 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte sieht es heute in der Welt zwar viel besser aus, aber nicht gut genug. Todesstrafen, Folter, Freiheitsberaubung, Diskriminierung von Frauen, wachsende Armut, Hungersnot, fehlende Ausbildung, Kinderarbeit und vieles mehr, gehören noch heute zu den Sorgen internationaler Menschenrechtsorganisationen.
Anläßlich der Einladung der „Amnesty International Deutschland“ zum Tag der Menschenrechte am 07.12.2008 in Ingolstadt, 60 Jahre nach der Veröffentlichung der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, verwies Herr ***Günter Nooke***, Menschenrechtsbeauftragtrer der Bundesregierung, auf diese weiterhin vorherrschenden Mißstände und nannte einige Staaten, allen voran Iran und China, als weltweite Vorreiter in der Mißachtung der Menschenrechte. Und obwohl die Bundesregierung über die Zustände in diesen Ländern informiert ist, führen wir unverändert intensive Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen.

Kann es sein, daß die Scheuklappen der Raffgier unsere Politiker für die Menschenrechtsverletzungen in der Welt blind gemacht haben? Die Menschenrechtsorganisation Leben & Leben Lassen e.V. kann diese Art des „politischen Dialogs“ nicht gut heißen, wenn dadurch die Menschenrechte von Millionen Menschen unbeachtet bleiben!

Wir fordern Politik und Wirtschaft auf, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Einhaltung der Menschenrechte bei unseren internationalen Wirtschaftspartnern einzusetzen.

❄

Die Denk! Mal!-Redaktion wünscht allen Bürgern ein Frohes Fest und alles Gute für ein friedliches Neues Jahr 2009

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in Unterschleißheim bei München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: www.lebenundlebenlassen.org
E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org
Tel.: +49-89-3106999
Fax: +49-89-32155805
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Impressum:
Anschrift Lustheimer Str. 4 b, 85716 Unterschleißheim
Herausgeber Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
Chefredakteur Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)
Redaktion Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Bernd Rill
Verlag D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.